

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI 85

5. Mai 1971

Honecker ist auch nur ein Mensch

Der Westen nach dem Nachtwechsel in Ostberlin

Seite 1 / 45 Zeilen

Die Regierung zum Handeln entschlossen

Pflicht und Gebot: Das eigene Haus in Ordnung halten!

Seite 2 / 47 Zeilen

Mütter-Forderungen an die Gesellschaft

Käte Strobels Beitrag zum Muttertag 1971

Seite 3 und 4 / 52 Zeilen

SPD-Reise nach Israel

Vor verstärkte Kontakte mit der Bruderpartei vorgesehen

Seite 5 bis 7 / 102 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
3300 Bonn 2, Heussallee 2-10  
Postfach: 8153  
Presshaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 90 37 - 38  
Telex: 856 648-888 247/  
056 546 PPF 0

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

Honecker ist auch nur ein Mensch

Der Westen nach dem Machtwechsel in Ostberlin

Der Schaumnebel von Gerüchten, Vermutungen und Prophetereien, den die nun zweifellos im Vorgang, keineswegs aber in der Tatsache selbst spektakuläre Ablösung des 77jährigen Walter Ulbricht durch den nun auch schon 58jährigen Erich Honecker ausgelöst hat, beginnt allmählich bei einigen Leuten den klaren Blick zu trüben. Niemand gibt sich eines Irrtums darüber hin, daß der Spitzenwechsel in der Ostberliner Staatspartei die Sachlage nicht unbedingt entspannen und daß Probleme, die von Ostberlin aus entweder initiiert oder weitergetragen und verstärkt worden sind, keineswegs leichter löslich machen dürfte. Aber die Spiegelschockwirkung, der sich sogar prominente Politiker nicht nur in der Bundesrepublik seit dem Machtwechsel in Ostberlin ohne Not selbst aussetzen, läßt doch wohl jedes erträgliche Maß an Realismus, Nüchternheit und sinnvoller Einschätzung und Beurteilung der Situation vermissen. Daß man dabei gleichzeitig das taktische Spiel, das, wenn man sich nur ein wenig mit den Usancen und Praktiken des kommunistischen Bereichs beschäftigt hat, keineswegs außer acht gelassen werden darf, einkalkulieren muß, das gehört doch immerhin zum Einmaleins der Politik unserer Zeit.

Erich Honecker, der aus einem überlangen "Kronprinzen"-Dasein endlich in die Nachfolge Ulbrichts hineinberufen worden ist, ohne freilich die ganze Macht, also auch die im Staat, zu erhalten, hat seinen Parteiämterstart nun gleich mit einer überharten Rede begonnen, in der er vor allem versprochen hat, die Trennung gegenüber der Bundesrepublik zu perfektionieren. Ein Bundespolitiker, der zu den Bestkennern des östlichen und vor allem des SED-Lagers gehört, der Kanzleramt-Staatssekretär Egon Bahr, hat in einer ersten Stellungnahme schon darauf hingewiesen, daß Honecker sich zweifellos auch bemühen werde, ein eigenes Profil zu zeigen, vielleicht sogar, das sei hinzugefügt, auch erst zu erzeugen. Keine Frage, aber Bahr hat es zur Absicherung noch ergänzt, daß Honecker dabei gewiß nicht einen "umgekehrten rumänischen Weg" gehen wird. Man wird sich sicherlich in der Anfangsphase der neuen Ära auf eine härtere, was immer das heißen mag, und vermutlich auch auf eine lautstärkere Politik einrichten müssen. Honecker kann freilich keine eigene Straße marschieren, sondern er wird, wie Ulbricht, in allerengstem Konnex und in steter Abstimmung mit Moskau agieren und parlieren. Die Tatsache, daß die DDR inzwischen ein beachtliches Eigengewicht gewonnen hat und das auch zu benutzen weiß, ist an- und einzufügen, ändert aber nichts am Gesamtfaktum. Diese Feststellung umfaßt die Politik als solche, also auch die deutschen und in ihnen die Berliner Probleme. Die Bundesregierung hat dazu bereits gesagt, was im Augenblick zu sagen war. Nun braucht man in Bonn und im Westen weiter Gelassenheit, Nüchternheit, Geduld und Entschlossenheit, wie man sie bis jetzt schon bewiesen hat.

(ee/ee/5.5.1971/bgy)

+ + +

## Die Regierung zum Handeln entschlossen

---

**Pflicht und Gebot: Das eigene Haus in Ordnung halten!**

Die von Brandt/Scheel geführte sozialliberale Bundesregierung nimmt die schleichende Geldentwertung, bedingt durch äußere und innere Faktoren, nicht als naturgegeben hin. Sie legt ihre Hände nicht in den Schoß. Sie kennt das Ausmaß der in unserem Volk bestehenden Ängste und Befürchtungen, und sie hat ganz und gar nicht die Absicht, "mit der Inflation zu leben". Das mag vielleicht in anderen Staaten gerade noch hingehen, denen die Schrecken zweimaliger totaler, das Gesellschaftsgefüge schwer erschütternder Geldentwertungen erspart geblieben sind. Unser Volk gehört in dieser Hinsicht zu den gebrannten Kindern. Es will sein schwer erarbeitetes Geld vor Verfall geschützt wissen, soweit es in einer weltweit verflochtenen Wirtschaft überhaupt möglich sein kann und muß.

Die Bundesregierung läßt die Dinge nicht treiben, sie ist zum Handeln entschlossen, wengleich ihr der Spielraum, den sie zur Verfügung hat, auch gewisse Grenzen setzt und Wunder natürlich nicht zu erwarten sind. Immerhin wird aber durch geeignete Maßnahmen der vom Ausland in die Bundesrepublik eindringenden Geldfülle, in den letzten Monaten besonders intensiviert durch Milliarden-Dollar-Ströme, die sich in eine DM-Flut verwandelten und schwer auf der Wirtschaft liegen, wirksam begegnet werden. So hat es Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Karl Schiller angekündigt und Koalitionsfraktionen und Bundesregierung stehen hinter ihm. Natürlich wäre ein gemeinsames Vorgehen der von der Geldentwertung betroffenen westlichen Industrieländer das beste, was geschehen müßte; aber das beste läßt sich zunächst eben nicht erreichen, wie die Hamburger Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister bewiesen hat. So muß, geht es wirklich nicht anders, die Regierung als Konsequenz nach der alten Erkenntnis handeln, daß das Hemd immer noch näher als der Rock ist. Auch auf dem binnenwirtschaftlichen Gebiet muß und wird die Bundesregierung die Zügel fester in die Hand nehmen. Die Handhabe dazu bietet das noch von der Großen Koalition verabschiedete Stabilitätsgesetz. Seine Anwendung wird auch Opfer erfordern und nicht überall Zustimmung finden. Schon heute werden Proteste laut, aber sie müssen in Kauf genommen werden. Oberstes Gebot bleibt die Sicherung der Arbeitsplätze, die Festigung der Stabilität und das angestrebte Zurückdrehen der Preisschraube, um das eigene Haus wieder in Ordnung zu bringen. Damit dienen wir uns nicht nur selbst, wir dienen auch Europa.

Die Bundesregierung kennt die von außen und von innen kommenden Gefahren der Geldentwertung. Was in ihrer Macht steht, sie auf ein Mindestmaß zu bannen, wird auch geschehen. Ein Zeitaufschub verbietet sich von selbst. Eine aktive und positive Mitwirkung bleibt freilich auch Aufgabe und Pflicht ausnahmslos aller, die neben der Bundesregierung Verantwortung in Ländern und Kommunen und in der Wirtschaft tragen.

(ex/cc/5.5.1971/ks)

Mütter-Forderungen an die Gesellschaft

-----  
Käte Strobels Beitrag zum Muttertag 1971

Mit einer Diskussion statt dem üblichen Muttertagsartikel wollte die Bundesfamilienministerin Käte Strobel den Muttertag von den althergebrachten Klischees befreien. Sie nahm den diesjährigen Muttertag zum Anlaß, um mit Frauenvertreterinnen aller Bereiche die dringenden Probleme der Mütter in der Bundesrepublik zu durchdenken und zu diskutieren. Die alle Probleme umfassende Frage war dabei "Was kann und muß unsere heutige Gesellschaft in den verschiedensten Bereichen für die Mütter tun?", die Gesellschaft nämlich, die nach Frau Strobels Ansicht endlich "mütterfreundlich" gemacht werden muß. Dabei sind die Probleme sowohl der berufstätigen Mütter als auch der "Nur-Mütter" angesprochen, die naturgemäß Unterschiede aufweisen, aber im Grunde doch übereinstimmen.

Das zeigt sich gerade bei der von der öffentlichen Hand geforderten Unterstützung, die Müttern mit Kindern unter drei Jahren gewährt werden soll und die Familien mit einem Einkommen bis zu einer bestimmten Grenze ebenso benötigen wie berufstätige Mütter, womit sich die Zahl der Berechtigten im Sinne der sozialen Gerechtigkeit beträcht-

lich erhöht.

Das Problem der fehlenden Kindergärten gehört zu den Hauptproblemen berufstätiger Mütter, denen praktisch auch keine Ausweichmöglichkeiten geboten werden und für das Frau Strobels als Lösung den Bau sogen. "Service-Häuser" anbot, in denen den Müttern ein großer Teil ihrer Aufgaben abgenommen wird. Auf der anderen Seite sind die "Nur-Hausfrauen und -Mütter" benachteiligt, weil sie zurzeit noch ohne jeden eigenen finanziellen Rückhalt dastehen und auch nicht die Möglichkeit haben, sich wie die berufstätigen Frauen abzusichern. Nach Käthe Strobels Ansicht ist die zurzeit eifrig diskutierte "Hausfrauen-Rente" der beste Ausweg aus diesem Dilemma. Außerdem ist das derzeitige "mehrgleisige" System des Familienlastenausgleichs zu ändern, das ungerecht und unbedingt reformbedürftig ist, und zwar in Form eines einheitlichen und sich nach den tatsächlichen Kosten richtenden Prinzips.

Die Zahl der Probleme und Benachteiligungen der Frauen insgesamt in unserer Gesellschaft ist damit noch längst nicht abgeschlossen. So kämpft die Bundesfamilienministerin auch gegen die berufliche Benachteiligung der Mädchen und Frauen, die so oft vom Elternhaus selbst verschuldet wird. Auch die häufig schlechtere Bezahlung der Frauen gegenüber Männern bei gleicher Arbeit ist ein Kardinalmangel unserer Gesellschaft. Frauen haben oft auch schlechtere Aufstiegschancen, was keineswegs immer unbedingt auf mangelnder Ausbildung beruht. Gerade Mütter, die, wie es ihnen oft empfohlen wird, eine Teilzeitarbeit übernehmen, haben praktisch überhaupt keine Aussicht auf berufliche Verbesserung.

Renate Eckert  
(-/ex/5.5.1971/bgj)

SPD-Reise nach Israel  
-----

Verstärkte Kontakte mit der Bruderpartei vorgeschön

Der Besuch der sozialdemokratischen Delegation unter Führung Herbert Wehners stellt im bisherigen Ablauf der deutsch-israelischen Beziehungen einen Höhepunkt dar. Keine deutsche Gruppe vorher ist von israelischer Seite als so gewichtig empfunden worden und noch niemals hat die israelische Öffentlichkeit so aufmerksam und positiv auf die Anwesenheit deutscher Politiker reagiert. Die Regierung hat die deutschen Sozialdemokraten darüber hinaus in eine Weise ausgezeichnet, die das Mass üblicher Höflichkeit und Freundlichkeit weit überstieg. Ministerpräsident Frau Golda Meir empfing sowohl den SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner als auch den SPD-Bundesgeschäftsführer Wischniewski zu persönlichen Aussprachen. Sie lud die SPD-Gruppe, zu der der SPD-Schatzmeister Alfred Nau, die Abg. Prof. Schellenberg, Metzger und Walter Hesselbach, Sprecher des Vorstandes der Bank für Gemeinwirtschaft sowie Dr. Grunwald für die Friedrich-Ebert-Stiftung gehörten, in ihre Wohnung. Zu einer Abschiedseinladung erschien nahezu alles was in Israel Rang und Namen hat, an der Spitze wiederum Frau Meir und der Präsident des Parlaments.

Die Sozialdemokraten haben Entscheidendes dazu beigetragen, die Schatten der Vergangenheit, die auch heute noch das deutsch-israelische Verhältnis begleiten, aufzulockern und zu lichten. Was viele hier längst vergessen haben wird in Israel heute noch erwähnt. Vor elf Jahren sprach der damalige SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer auf einer Kundgebung im Stadion von Haifa; es gelang ihm als ersten Deutschen die Grundlage für ein besseres Verständnis und für gegenseitiges Vertrauen zwischen Israelis und Deutschen zu setzen.

In einer ganztägigen Aussprache mit den Spitzenfunktionären der israelischen Arbeiterpartei in der Parteischule Bet Beri ist in offener Diskussion, an der zeitweise auch der israelische Außenminister Abba Eban teilnahm, in aller Breite und Ausführlichkeit die Politik der beiden Parteien und der von ihnen getragenen Regierungen besprochen und diskutiert worden. Der gestärkte Kontakt soll weiter ausgebaut und in jährlichen Begegnungen von

Parteidellegationen und durch andere gemeinsame Aktionen vertieft werden. Die Persönlichkeit Wehners, die teilweise weit in die Vergangenheit reichenden direkten Bekanntschaften und die langen Strecken gemeinsamer Parteigeschichte haben in diesem Kreise ein Gesprächsklima geschaffen, das selbst unter sozialdemokratischen Bruderparteien nicht häufig anzutreffen ist.

Die Sorge um die Sicherheit des Landes rangiert in Israel an oberster Stelle. Es kann nicht verwundern, daß an den damit zusammenhängenden Fragen die Elle für die Bewertung angelegt wird, ob es jemand mit seiner Freundschaft ernst meint oder nicht. Hier muß sich aber auch jeder Fremde entscheiden und wissen, daß unverbindliche Redensarten nicht weiter helfen. Wehner hat als Sprecher der Deutschen klar Stellung bezogen und sich unmißverständlich die Haltung der israelischen Politik zu eigen gemacht. Das wird, daran ist kein Zweifel erlaubt, in Israel fortwirken und möglicherweise auch an anderen Stellen, wie es Wehner ausdrückte: "Wellen schlagen".

Israel ist nicht bereit, sich von außen fertige Friedenskonzepte aufzwingen zu lassen und fordert Verhandlungen über eine Friedensregelung. Daß es dabei nach den Erfahrungen der Vergangenheit zu allererst auf seine eigene Kraft vertraut und fragwürdige Vorleistungen ablehnt, wird verständlich, wenn man an Ort und Stelle die neuralgischen Punkte friedlichen Zusammenlebens mit den arabischen Nachbarn zu Gesicht bekommt. Wehner und seine Gruppe haben sie, angefangen von der äußersten Südspitze Sinais bis in den nördlichsten Zipfel der Golan-Höhen besichtigt und erkennen müssen, daß der Spielraum für geografische Regelungen sehr sorgfältig ausgemessen werden muß, soll die berechtigte Forderung Israels nach gesicherten Grenzen nicht gleich wieder ins Leere stoßen. Indessen scheint die Aussicht auf eine spätere akzeptable Lösung nicht ohne Hoffnung. Dazu gehören auf israelischer Seite gute Nerven und eine sichere Hand zur politischen Vorbereitung. Die im Lande und unter israelischer Verwaltung lebenden rund 350.000 Araber werden wie die eigenen Bürger behandelt. Es bieten sich ihnen und ihren Kindern alle Chancen eines in seinem Kern europäischen Staates. Diese auf Ausgleich bedachte Politik bleibt nicht ohne Folgen, auch wenn die Verantwortlichen offen bekennen, daß noch ein weiter Weg bis zur vollen Identifizierung des

arabischen Bevölkerungsteils mit dem Staate Israel zu bewältigen ist.

Der innenpolitische, wirtschaftliche und soziale Ausbau des Landes wird noch viele Jahre unter der gewaltigen Last der Rüstungsausgaben zu leiden haben. An dieser Erkenntnis ändern die imponierenden Aufbauleistungen nichts, denn es ist kein Geheimnis, daß die großen Lücken im Staatshaushalt ohne die Hilfsleistungen jüdischer Gruppen im Ausland und ohne eine schwierige Kreditpolitik nicht zu meistern wären. Hinzu kommt die Problematik der Eingliederung jüdischer Einwanderer aus orientalischen Bereichen, die allein schon auf Grund des kulturellen Gefälles zu den Einheimischen größerer Anteilnahme auf Aufmerksamkeit bedürfen. Schließlich darf das Gewicht rechtsgerichteter und religiöser Gruppen nicht verkannt werden, die einer extremen Haltung der israelischen Regierung nach innen und außen das Wort reden und wenig Neigung zu Verhandlungen zeigen.

Die israelischen Gesprächspartner haben von den sozialdemokratischen Gästen nichts gefordert. Sie hoffen darauf, daß ihre Belange nicht vergessen werden, wenn in Europa wirtschaftliche und politische Entwicklungen zur Diskussion stehen. Dabei spielt das Verhältnis zur EWG eine herausragende Rolle. Auch wenn sich Frankreich noch sperrt, wird die Frage einer Assoziation Israels zur EWG immer dringlicher gestellt werden und die Partner zu einer Entscheidung darüber zwingen, ob sie Israel für etwas warten lassen wollen, was mit diesen Problemen nicht zusammenhängt.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Delegation werden nicht vergessen, in wie bewegender Art Frau Golda Meir über den deutschen Bundeskanzler Brandt gesprochen hat. Er steht in Israel als Symbol für ein anderes Deutschland, das Vertrauen verdient und zu dem sich Freundschaft entwickeln kann.

Erich Hauer

(-/ex/5.5.1971/ks)